

Fragestunde

829. SPD-Fraktion

Abgeordnete Klara Geywitz

- Öffentlich-rechtliche Verträge mit Kraftwerksbetreibern -

Im Koalitionsvertrag von SPD und DIE LINKE für die 5. Wahlperiode des Brandenburger Landtages wurde im Sinne eines wirksamen Klimaschutzes vereinbart, mit den Betreibern neuer und zu modernisierender Kraftwerke öffentlich-rechtliche Verträge abzuschließen. Diese Option ist nach dem Scheitern des CCS-Demonstrationskraftwerks in Jämschwalde wieder hochaktuell.

Aus diesem Grund frage ich die Landesregierung: Welche Vereinbarungen im Rahmen öffentlich-rechtlicher Verträge mit Kraftwerksbetreibern strebt sie an bzw. bereitet sie gegenwärtig vor?

830. Fraktion DIE LINKE

Abgeordneter Christian Görke

- Herabstufung der Kreditwürdigkeit von Eurostaaten -

Die US-Ratingagentur Standard & Poor's (S&P) entzog Frankreich und Österreich die Topbonität und stufte zudem die Kreditwürdigkeit von sieben weiteren Eurostaaten und die des Euro-Rettungsschirms EFSF herab. Mit der Herabsetzung der Kreditwürdigkeit von tragenden Säulen der europäischen Rettungsschirme und des Rettungsschirmes selbst drohen Deutschland zusätzliche Belastungen.

Ich frage die Landesregierung: Wie bewertet sie die Herabstufung?

831. FDP-Fraktion

Abgeordnete Marion Vogdt

- Finanzielle Auswirkungen einer Herabstufung des Moody's Rating für das Land Brandenburg -

Im Zuge der Finanzkrise im Euroraum wurden in der Vergangenheit in unregelmäßigen Abständen einzelne Euro-Mitgliedsländer seitens der Ratingagenturen in ihrer Bonität herabgestuft.

Das Land Brandenburg wird aktuell von der Ratingagentur Moody's mit AA1 bewertet.

Ich frage daher die Landesregierung: Welche Vorkehrungen hat das Land Brandenburg getroffen, sollte sich das Rating verschlechtern?

832. CDU-Fraktion

Abgeordnete Barbara Richstein

- Subsidiaritätsprüfung des Verordnungsvorschlages über Regeln und Verfahren für lärmbedingte Betriebseinschränkungen auf Flughäfen der Union im Rahmen eines ausgewogenen Ansatzes sowie zur Aufhebung der Richtlinie 2002/30/EG des Europäischen Parlaments und des Rats (KOM[2011]828 endg.) -

Die EU-Kommission hat dem Bundesrat den Vorschlag für eine Verordnung über Regeln und Verfahren für lärmbedingte Betriebseinschränkungen auf Flughäfen der Union im Rahmen eines ausgewogenen Ansatzes sowie zur Aufhebung der RL 2002/30/EG übermittelt. In Artikel 10 sollen der EU-Kommission darin weitreichende Kontrollbefugnisse übermittelt werden.

Ich frage die Landesregierung: Wie bewertet sie den Verordnungsvorschlag in Bezug auf die Einhaltung der Subsidiarität?

833. Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Abgeordneter Michael Jungclauss

- Verkauf von Seen der BVVG an das Land Brandenburg -

Um der Privatisierung von Seen entgegenzutreten, steht das Land Brandenburg aktuell in Verhandlungen mit der BVVG zum Kauf von 143 Gewässern, hierunter 83 Seen. In der Vergangenheit gab es nach der Veräußerung von Seen an Private teilweise gerichtliche Auseinandersetzungen. Diese beinhalteten eine Klärung der Eigentumsverhältnisse bezüglich der genauen Abgrenzung von See- und Ufergrundstücken und hieraus resultierende Betretungsrechte.

Daher frage ich die Landesregierung: Geht es bei den derzeitigen Verhandlungen mit der BVVG nur um die konkreten Gewässerflächen oder die kompletten Flurstücke mit Uferbereichen, so dass auch eine Zugänglichkeit der Gewässer gewährleistet werden kann?

834. SPD-Fraktion**Abgeordnete Barbara Hackenschmidt**- Ökologische und soziale Kriterien bei öffentlichen Aufträgen -

Im Entschließungsantrag zum Vergabegesetz (Drucksache 5/3918-B) haben die Koalitionsfraktionen die Landesregierung unter anderem aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass ökologische und soziale Kriterien bei der Vergabe von Bau- und Lieferaufträgen von allen öffentlichen Auftraggebern im Geltungsbereich des Vergabegesetzes beachtet werden. Im Antrag wurde eine Reihe konkreter Maßnahmen im Sinne dieses Ziels benannt.

Aus diesem Grund frage ich die Landesregierung: Welche Aktivitäten zur Umsetzung dieser Passage des Entschließungsantrages hat sie bereits eingeleitet?

835. Fraktion DIE LINKE**Abgeordneter Peer Jürgens**- Erhalt der Rabbinerausbildung in Brandenburg -

Seit Monaten gibt es Gespräche der Landesregierung mit Vertretern des Abraham Geiger Kollegs zum Erhalt der Ausbildungsstätte für Rabbinerinnen und Rabbiner in Brandenburg und mit der Universität Potsdam zur Gründung einer Jüdisch-Theologischen Fakultät der Universität Potsdam. Sie haben bisher zu keinen endgültigen Ergebnissen geführt.

Zwischenzeitlich hat sich die Regierung des Landes Thüringen bereit erklärt, die finanziellen Mittel für die Ausbildung von Rabbinerinnen und Rabbinern in Thüringen bereitzustellen.

Ich frage die Landesregierung: Welche Maßnahmen gedenkt sie zu ergreifen, um die Ausbildung von Rabbinerinnen und Rabbinern und die Gründung einer Jüdisch-Theologischen Fakultät in Potsdam zu sichern bzw. zu befördern?

836. SPD-Fraktion**Abgeordnete Prof. Dr. Sieglinde Heppener**- Ältere Arbeitslose in der Statistik -

Presseberichten zufolge sind mehr als 100.000 Menschen, die über 58 Jahre alt sind, bei der Bundesagentur für Arbeit registriert, ohne in der offiziellen Arbeitslosenstatistik ausgewiesen zu werden. Zu den Gründen zählt offenbar auch die sogenannte 58er Regelung. Die Berücksichtigung dieser Personen in der Statistik würde die Arbeitslosenquote in der genannten Altersgruppe signifikant erhöhen.

Ich frage die Landesregierung: Wie viele Brandenburgerinnen und Brandenburger im Alter über 58 Jahre sind bei der Bundesagentur für Arbeit registriert, tauchen aber in der offiziellen Arbeitslosenstatistik nicht auf?

837. Fraktion DIE LINKE**Abgeordnete Gerrit Große**- Berechnung von Kita-Gebühren -

Wie der Presse zu entnehmen war, sind bei einer alleinerziehenden Mutter in Oranienburg bei der Berechnung der Kita-Gebühren neben dem Einkommen auch die Unterhaltszahlungen des getrennt lebenden Ehepartners mit einberechnet worden. Die alleinerziehende Mutter sah sich dadurch benachteiligt und hat mit ihrem Widerspruch gegen die jüngsten Beitragszahlungen vor Gericht Recht bekommen. Der Widerspruch gegen die Bescheide der Vorjahre wurde jedoch zurückgewiesen. Mittlerweile hat die Stadt die Satzung in der Weise überarbeitet, dass die Unterhaltszahlungen explizit als Berechnungsgrundlage gelten.

Ich frage die Landesregierung: Ist es rechtens, dass bei Sorgeberechtigten der Unterhalt des getrennt lebenden Ehepartners in die Berechnung der Kita-Gebühren mit einbezogen wird?

838. FDP-Fraktion**Abgeordneter Raimund Tomczak**- Auslandsrepräsentanzen und Verbindungsbüros des Landes Brandenburg -

Zur Wahrung sowohl politischer als auch wirtschaftlicher Interessen haben in der Vergangenheit die Errichtung von Auslandsrepräsentanzen und Verbindungsbüros zunehmend an Bedeutung gewonnen.

Ich frage daher die Landesregierung: In welchen Ländern unterhält das Land Brandenburg Auslandsrepräsentanzen bzw. Verbindungsbüros?

839. SPD-Fraktion**Abgeordnete Jutta Lieske**- Ausbau der L 30 in Fredersdorf-Vogelsdorf -

Der Zustand der L 30 in Fredersdorf-Vogelsdorf ist aus der Sicht der Kommune nicht mehr länger hinnehmbar. Auf Grund der Haushaltssituation im Land Brandenburg wurde der Realisierungszeitraum mehrmals verschoben. Zuletzt von 2011 auf das Jahr 2013 als frühestmöglichen Zeitpunkt eines Baubeginns. Der Landesbetrieb Straßenwesen verfolgt das Ziel, Baurecht über das Einvernehmen aller Beteiligten zu erlangen um somit auf ein Planfeststellungsverfahren zu verzichten. Letzteres würde eine weitere Verzögerung des Ausbaus der L 30 um ca. zwei Jahre bedeuten.

Bei Vorliegen der Stellungnahmen aller Beteiligten könnte der Ausbau der L 30 im Zeitraum 2013 bis 2014 realisiert werden. Das bedeutet, das Land Brandenburg muss für diese Maßnahme das Geld in Höhe von 2,7 Mio. € zur Verfügung stellen. Die Erlangung des Baurechts durch Einvernehmen aller Beteiligten erfordert einen zügigen Baubeginn, da die Stellungnahmen nur begrenzte Gültigkeit besitzen.

Ich frage die Landesregierung: Sollte der Landesbetrieb Straßenwesen Baurecht für die L 30 in Fredersdorf-Vogelsdorf über das Einvernehmen aller Beteiligten erzielen und somit den Beginn der Baumaßnahme in 2013 sichern, wird dann ihrerseits die Finanzierung gewährleistet?

840. Fraktion DIE LINKE

Abgeordneter Torsten Krause

- Streckenbestellung Templin - Joachimsthal -

Die Stadt Templin spricht sich für die Wiederaufnahme des Schienenpersonennahverkehrs auf der Strecke Templin - Joachimsthal aus. Der Streckenabschnitt war erst vor einigen Jahren ausgebaut worden und wird für den Gütertransport auch weiterhin genutzt. Mit der Wiedereröffnung des Betriebes für den Personenverkehr könnte auch ein Angebot geschaffen werden, welches die wegen Bauarbeiten bedingten Einschränkungen bei Nassenheide auf der Strecke Templin - Oranienburg zwischen September 2012 und Sommer 2013 kompensieren könnte. Notwendig für die Wiederbelebung der Strecke ist eine Bestellung des entsprechenden Abschnittes durch das Land gegenüber dem VBB.

Deshalb frage ich die Landesregierung: Wird sie das Bestreben der Kommune Templin grundsätzlich positiv befördern?

841. Fraktion DIE LINKE

Abgeordneter Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

- Wohnungsbauförderung für Potsdam -

In den letzten Jahren ist in der Landeshauptstadt ein akuter Wohnungsmangel entstanden, der insbesondere im mittleren und unteren Preissegment wenig Spielraum bietet, für junge Menschen und Familien mit Kindern Wohnraum anzubieten. Der Oberbürgermeister von Potsdam, Jann Jakobs, hat zu verschiedenen Gelegenheiten öffentlich gefordert, dass die Landesregierung ein Förderprogramm für den Wohnungsbau auflegen solle.

Ich frage die Landesregierung: Welche Möglichkeiten sieht sie, den Wohnungsbau und damit die Mietpreisgestaltung in Potsdam durch landespolitische Unterstützung zu fördern?